

Alle reden von Gewalt . . .

Berechenbarkeiten hatten im Herbst 1983 Inflation: Berechenbarkeit der BRD als Nato-partner, Berechenbarkeit der Grünen in Hessen, der Prominenten in Mutlangen, der Autonomen in Bremerhaven, der Frauen für die Hunsrücker Polizei und vor allem Berechenbarkeit der ganzen Friedensbewegung für den Staat.

Dabei hatte sich die Friedensbewegung schon Monate zuvor in den Prinzipien von Gewaltlosigkeit und Friedfertigkeit politisch festgefahren, und der stumme Wunsch: hoffentlich wird alles glimpflich ablaufen, blähte sich zum beherrschenden Gedanken auf, der alle Beweglichkeit lähmte. Ratlosigkeit und politisches Vakuum unter den Friedensbewegten nach Stationierungsbeginn sind nicht allein Resultat eines fast ungehindert ablaufenden Raketen-Planspiels. Es sind im Laufe dieses Jahres auch ein paar Selbstverständlichkeiten aus dem politischen Blick geraten, die die Politisierung der Friedensbewegung behindern.

Eine dieser Selbstverständlichkeiten, die in der Linken und in der Frauenbewegung eine lange Geschichte hat, ist die Frage, von wem und was in dieser Gesellschaft Gewalt ausgeht, und daß jeder Widerstand gegen diese Gewalten — politische oder ökonomische — Risiken eingeht. Eine andere Selbstverständlichkeit ist das staatliche Monopol auf Gewaltausübung. Jede Form der Aktion, die über die Grenzen einer polizeilich genehmigten Demonstration des Protestes hinausgeht, ist Gewalt gegen staatliche An-Ordnung, also Widerstand gegen die Staatsgewalt, die nun ihrerseits mit Polizei eine Raketenstationierung sichert, welche nach dieser Logik kein Gewaltakt ist. Auch wo es formalrechtlich demokratisch zugeht, — und mehr als das Formale ist nicht gemeint —, haben Bürgerin und Bürger außerhalb der Wahlurne kein Recht auf Widerstand, auch nicht, wenn der Staat zum Verwalter von Lebensbedrohung wird. Wenn die Friedensbewegung der politischen Ansicht ist, daß sie jenseits des staatlichen Gewaltmonopols ein Recht auf Widerstand gegen Staatsentscheidungen hat, dann ist es politisch absurd, sich diese Einstellung und die Handlungsfolgen von eben den Vertretern des Staates absegnen zu lassen. Polizei-offizieren einen Widerstandsspielraum abzuschwätzen oder sich für Widerstand am Staat mit der Zusicherung von Gewaltlosigkeit, sprich: Harmlosigkeit, zu entschuldigen, ist nur noch eine aktive Entpolitisierung und Bindung der Bewegung in Kalkulierbarkeiten.

Und eine weitere Selbstverständlichkeit ist es, an die Geschichte der Auseinandersetzung mit Widerstand und staatlicher Repression zu erinnern. Indem von den Friedensverwaltern diese durchaus auch persönlich-politische Erinnerung unterschlagen wird, indem sie im Zeitgeist mit der Psychologisierung der Gewaltfrage operieren und die eigenen Argumente mit staatlichen Defini-

tionen von Gewalttäterschaft ausstatten, statt auch von eigener Angst vor Verfolgung als Rädelsführer zu reden, betrügen sie eine Bewegungsgeneration nicht nur um notwendige politische Erkenntnisse, sondern auch um das Bewußtsein historischer Kontinuität und Veränderung in ihrer eigenen Geschichte.

Gewaltdebatte und Prinzipien in der Linken

Die 68er-Generation, die in den Aufständen des Mai in Frankreich oder in den antiautoritären Attacken auf Universitäten, Gerichte und Medientempel den Aufbruch aus dem politischen Muff der Nachkriegszeit feierte, forderte die Auseinandersetzung mit staatlicher Gewalt heraus, ohne das Risiko dieser Konfrontationen vorab kalkulierbar zu machen. Aus der Identifikation mit nationalen Befreiungsbewegungen in der sogenannten 3. Welt, in Vietnam, Chile, Angola . . . bezog der Proteststurm in den Metropolen weitere politische Legitimation.

Mit ihren kurzschlüssigen Militanzfantasien gegenüber Repräsentanten von Finanzkapital- und Industrieverbänden stieß diese neue Linke rasch mit den Liberalen und Radikaldemokraten aus der Ostermarschbewegung und der Kampagne gegen die Notstandsgesetze zusammen, die am Konzept des demonstrativen Protestes gegen die atomare Aufrüstung der BRD und die Militarisierung der Verfassung festhielten. In antiautoritärem Ansturm fegte sie fast alle Gedanken an Gewaltfreiheit beiseite, die Revolution zu Lebzeiten war die fantastische Perspektive; zumindest "Gewalt gegen Sachen" als sozialistischer Widerstand sollte legitim sein; eine etwas unsichere Distanz zu Gewalt gegenüber Personen schien das Dilemma zu lösen, sich mit Militanz nicht selbst in der gerade denunzierten Gewalteskalation der internationalen Machthaber zu verstricken.

Die erschreckten uniformierten Professoren, Richter, Polizisten reagierten wie alle anständigen Väter preußischer Staats-Tradition: mit dem Knüppel. Viele ließen sich Knüppel und staatliche Machtdemonstration nicht gefallen, schlugen zurück und kämpften mit Staat und Vätern in einem. Daß sie dabei die Systematik der staatlich institutionalisierten Gewalt übernahmen, kummerte die damals meist männlichen Kämpfer wenig, weil in ihrem militanten Widerstand zugleich auch das bundesbürgerliche Bild vom Vater Staat zu rechtgerückt, seine gewalttätige Seite wieder sichtbar wurde. Aus den Konfrontationserfahrungen — während Schah-Besuch und Anti-Springerkampagne — mit der Polizei entstand rasch eine Militanzideologie, wonach Aktionen und Demonstrationen fragwürdig wurden, bei denen keine Steine flogen, keine Schaufenster zu Bruch gingen. Die Verzweiflung über die am Revolutionsziel gemessene Erfolglosigkeit der Revolten und die Verbissenheit der politischen Auseinandersetzungen, die die eigene Ratlosigkeit verleugneten, brachten eine bezeichnende und folgenschwere Polarisierung hervor: die

Parteien und die RAF.

Die Studentenbewegung der beginnenden 70er Jahre suchte die Legitimität ihres Aufbruchs durch Parteiengründungen und fiktive Anknüpfungen an die kommunistischen Arbeiterparteien der 20er Jahre zu konsolidieren und zu "beweisen" — daraus entstand ein gigantisches Gerangel um die politische richtige Linie. Tagträume von der Revolution, der akademischen Bestimmung revolutionärer Subjekte und Objekte. Das Denken war in Prinzipien, Dogmen, reinen und richtigen Positionen kanalisiert, der soziale Umgang der Gruppen nach innen und außen von Tribunalstrukturen, Denunziationen, von Abgrenzungen, von Denk-Disziplin und Denk-Verboten für widerspenstige Personen durchgesetzt.

Diese Explosion dogmatischen Denkens signalisierte, wie stark der globale Aufbruch, der private und politische Brüche umfaßte, seine eigenen Träger verunsichert hatte. Die Parteien wurden zur Zuflucht in neue Sicherheiten, Programme ersetzten Realität und schirmten die Herausforderung an differenzierte Wahrnehmung ab.

Die Auseinandersetzung um Gewaltanwendung — meist gegen Sachen, seltener "gegen Personen" — in politischen Aktionen wurde entweder per Parteidekret gelöst, als theoretisches Problem der Zukunft eines sozialistischen Staates, leninistisch, trotzkistisch oder stalinistisch, projiziert oder in die verbale und materielle Unterstützung vietnamesischer Soldaten, streikender Chilenen oder irischer Untergrundkämpfer verlagert: selbst jeweils vorsichtig am Rande staatlicher Sanktionen und Berufsverbote jonglierend.

Die andere Seite der Polarisierung war das Auftreten der RAF und anderer anti-imperialistisch orientierter sogenannter Guerillagruppen, bzw. ihr Abtauchen in die Illegalität. In offensiver Identifikation übersetzten sie die verbalradikale Solidarität mit Befreiungskämpfern der sogenannten 3. Welt in eine mörderische Praxis und hofften damit eine breite Widerstandsbewegung in den europäischen Metropolen zu entfachen.

Als sie mit der Ermordung von Staats- und Finanzmännern wie Schleyer, Buback und Ponto durch selbsternannte revolutionäre Volksgerichte das staatliche Gewaltmonopol herausforderten, erstarrte die ohnehin zwiespältige Solidarität innerhalb der Parteienbewegung in Schweigen.

Wiederholte Fahndungskampagnen, der Beginn der computerisierten Rasterfahndung, Kontaktsperregesetz und die sogenannten Selbstmorde in Stammheim, schließen den Versuch, die Whyler Besetzung des AKW-Bauplatzes und die internationale Anti-AKW-Demonstration in Kalkar zu kriminalisieren, kennzeichnen die politische Situation Mitte der 70er Jahre.

Die linken Kaderparteien zerrieben sich in zeitlosen Protestformeln vom starken Staat und zerfielen schließlich an der Unfähigkeit, ihre innere Ratlosigkeit gegenüber den bundesrepublikanischen Realitäten zu politisieren.

Insgesamt dominierte die innere Aufrüstung des Staates und die systematische innerstaatliche Feinderklärung gegenüber allem, was sich der FdGO nicht nahtlos einpassen wollte, gegenüber den Chaoten, den Sympathisierern und den Partei-Gängern, denen der Staat mit Berufsverboten und Zensur beizukommen versuchte. Jedes Bemühen, einerseits staatliche Repression und Gewaltmonopol, Gewalt und Terrorismus in der Bewegung andererseits zu begreifen, wurde bereits mit dem Vorwurf des Sympathisantentums belegt und eine politische Verarbeitung abgewürgt.

Das alles ging 1977 einher mit den ersten Anzeichen einer internationalen Kapitalkrise, — den damals noch gigantisch und orwell-utopisch erscheinenden Rationalisierungsvisionen durch Mikroelektronik —, und den ersten, noch kaum wahrgenommenen Statements der USA, die Scharte des verlorenen Vietnamkriegs und der Dollarkrise durch Aufmöbelung des Kalten Kriegs wieder wettzumachen.

Die Gewaltdebatte ging nicht nur in dieser staatlichen Disziplinierung unter, sie wurde zudem von innen heraus erstickt in den salto mortales von Distanzierungen, Abgrenzungsakrobatik und Unschuldserklärungen. Viele sind dabei politisch auf der Strecke geblieben — einer, an den sich viele erinnern mögen, war Peter Brückner.

In den Aktionen gegen das bundesrepublikanische Atomprogramm, in Whyll, Brokdorf, Kalkar und anderswo, wird die Gewaltdebatte erneut aufgenommen, in Gorleben schließlich, wo nach langen, erschöpfenden Auseinandersetzungen bei der Räumung des Dorfes auf eine militante Antwort gegenüber der zum Bürgerkrieg gerüsteten Polizei verzichtet wird.

Diese Polizei ist heute paramilitärisch gerüstet und eng mit dem Bundesgrenzschutz koordiniert: Bilder von der Startbahn West sind Momentaufnahmen eines regionalen Bürgerkrieges. Die Brutalität der Auseinandersetzung dort, die Eskalation der Wut und der Verzweiflung, die Ohnmachtserfahrung einerseits und die Breite des regionalen Widerstands andererseits bringen neue Überlegungen, aber auch erneute Polarisierungen und Verkniffenheiten in der Gewaltdebatte hervor.

Sich der Logik des polizeilich-militärischen Apparates entziehen und den staatlichen Gewalt mit zivilem Ungehorsam zu begegnen, wurde als eine Konsequenz aus den Erfahrungen in Brokdorf, Gorleben und an der Startbahn West formuliert. Andere wollen unter allen Umständen und prinzipiell gewaltlos sein und, um die Bevölkerung nicht zu verschrecken, jede Eskalation staatlicher Gewalt vermeiden. So wird die quantitative Verbreitung der Friedensbewegung mit dem moralischen Diktat der Gewaltlosigkeit zwanghaft verbunden.

Gespräche statt Gewalt, diese verlogene Gegenüberstellung — verlogen, weil die Friedensverwalter nicht von ihrer Angst reden, die staatliche Gewalt an der Raketenfrage herauszufordern — führt schließlich zu den Absprachen

zwischen Friedensbewegten und Polizei in diesem Herbst. Mit Prinzipien wie der bedingungslosen Gewaltfreiheit werden neue Grenzen gezogen: wer A: Gewaltfreiheit sagt, muß auch B: Distanzierung sagen. Die Grenzen einer Bewegung sollen legal eindeutig werden, jedem soll klar sein, wer dazu gehört und wer stört, den mit der Polizei ausgemachten Frieden stört, an den diese sich dann nicht hält.

Und zwischendurch tauchen, wie in Krefeld, die alten und neuen Militanten auf, die effiziente Aktionen wollen, denen staatliche Gewalt allemal eine Antwort in denselben Denk- und Handlungsmustern wert ist, denen Gewaltlosigkeit Unsinn und ziviler Ungehorsam politische Spielerei ist — und von denen sich dann fast alle abgrenzen: "Ihr gehört nicht zu uns". Ohne dererlei Grenzziehungen geht politisch nichts in der BRD.

Denn solche Unberechenbarkeit der Bewegung stört nicht nur den Staat, sie stört auch die Friedens-Verwalter. Für sie heißt Politik noch immer, die Väter zu entmachten, die alten gegen die eigenen jungen Köpfe auszutauschen, und während sie die Bewegung berechenbar und in Legalitätsgrenzen halten wollen, schielen sie nach der Legitimität ihrer eigenen Thronfolge.

Politik der Frauen — zum feministischen Reduktionismus

Die Frauenbewegung ist auf ihre autonome und separatistische Weise mit der Gewaltfrage umgegangen. Von der Praxis der Berufsverbote, dem heißen Herbst 1977 und der Terroristenjagd bis nach Stammheim, ist, greift man nach den Jahrbüchern der Bewegung und den Dokumentationen der ersten Sommeruniversitäten, wenig zur öffentlichen Diskussion gekommen. Und wo von Ereignissen wie Stammheim und Mogadischu, Mescaleroaffaire und der Atomkraftwerkepolitik der BRD berichtet wurde, blieben es Berichte aus einer anderen Welt.

Die aus der Diskriminierungserfahrung von Frauen gewonnene Einsicht, daß auch und gerade das Persönliche und Private politisch ist, hat die Frauenbewegung zunächst veranlaßt, die Trennung des Privaten vom sogenannten Eigentlich-Politischen, das dann in Nicaragua oder an der Startbahn West stattfindet, aufzukündigen, und das Private als Politisches sichtbar zu machen. Seit der Mitte der 70er Jahre entstehen die Vielzahl der Gruppen und Projektinitiativen, die die persönlich ausgeübte oder strukturelle Gewalt gegenüber Frauen öffentlich machen, diskutieren und Unterstützung selbst organisieren: es entstehen die ersten Frauenhäuser in Berlin, Bremen, Köln, die Einrichtung von Notrufen werden überlegt und in einem internationalen Tribunal in Brüssel Gewalt gegenüber Frauen in die Öffentlichkeit gebracht. Die Walpurgisnacht als rebellische Reklamation der Bewegungsfreiheit und körperlichen Integrität wird zum jährlichen Kristallisationspunkt der Protestes gegen Alltagsgewalt.

Die Diskussion der Mikrostruktur gesellschaftlicher und privater Gewalt gegenüber Frauen — Vergewaltigung, Hausarbeit und Lohndiskriminierung — ist in diesen letzten sechs Jahren zum Alltag der Frauenbewegung geworden, wobei das Gewaltverhältnis in immer neuen Bereichen aufgedeckt wurde: in der Prostitution, der Verstümmelung von Frauen durch Gynäkologie und Klitorisbeschneidung, in der Vergewaltigung von Mädchen. Die Aufkündigung des gewaltdurchsetzten Alltags als nur Privates, die Politisierung dieses Privaten bleibt jedoch in einer Reduktion stecken. In Selbsterfahrungsgruppen und Projekten entsteht ein sozialpolitisches, vielfach nur therapeutisch wirksames Netzwerk der Bewegung, und unter der Hand verkehrt sich darin die brisante Entdeckung, daß das Persönliche, sogenannte Private, politisch ist, in ihre eigene Beschränkung. Die Bewegung nimmt fast nur noch das Persönliche als Politisches wahr und verliert damit die Vielfalt des Politischen, das sie durchaus betrifft, aus dem Auge. Kristallisationspunkt der Gewaltdebatte bleibt weitgehend der eigene Alltag, und Gewalt wird entsprechend in erster Linie in Bezug auf Männer und auf Individuen gedacht. Zugleich wird mit dem Patriarchatsbegriff ein vereinfachtes Welterklärungsmodell geschaffen, das die altgewohnten Eindeutigkeiten von Gut und Böse über die historischen Veränderungen hinweg festschreibt. Es übertünchte über lange Jahre fast alle präziseren Anstrengungen zu einer Verbindung zwischen kulturell sexistischen Strukturmustern und historisch wechselnden ökonomischen Realitäten oder überläßt entsprechende Versuche als zu schwierig den Expertinnen. Ebenfalls ausgespart wird eine bewußte Transformation der Tradition kritischer Theorie, die dem platten Ökonomismus des linken Weltbildes die Auseinandersetzung mit der materiellen Gewalt der privaten und der institutionell versteinerten Bewußtseinsinformationen konfrontiert hatte, und von dem die Kulturkritik der Frauenbewegung unbewußt oft zehrte. Staat und Ökonomie bleiben damit weitgehend am Rande auch des politischen Blickfeldes der autonomen Bewegung, und diese Ausgrenzung begründet dann eine Reihe gegenseitiger massiver Abgrenzungen und Unvereinbarkeitsdebatten zwischen Frauenbewegung, Gewerkschaften und den in Parteien und linken Gruppen organisierten Frauen.

Eine weitgehende Abkoppelung vom übrigen, sogenannten männlichen Spektrum des Politischen, der inneren Aufrüstung des Staates, der sich rasch verschärfenden internationalen Wirtschafts- und Währungskrise, der sogenannten Nachrüstung oder dem Heraufkommen der Grünen, hat fatale Konsequenzen.

Die ehemals brisante Frage: "Was hat das mit mir zu tun", ist oft keineswegs mehr so wörtlich und als politischer Sprengsatz gemeint, sondern bedeutet vielfach: "Alles, was mir nicht unmittelbar als persönliche Erfahrung einsichtig ist, was nicht abgesegnetes Frauenthema ist, interessiert mich nicht, ist nicht meine Sache." Das führt auf der Sommeruniversität 82 zur absurden

Situation, daß Frauen, die den Zusammenhang von Weltwirtschaftskrise und Kriegsvorbereitungen thematisieren, sich legitimieren sollten, warum "so etwas" als Thema von und für Frauen zu begreifen sei.

Es entpuppte sich daran die moderne Version der alten Teilung der Welt in eine männerpolitische und frauensoziale, wo die "große Politik" bleibt, wo sie schon immer war, in der Verwaltung linker Gruppen und unter den Frauen als Politisches allenfalls das Sozialpolitische zum Zuge kommt.

Die Selbstreduktion der Frauen aufs Private und Alltägliche als dem eigentlichen und zentralen Politischen ist allerdings, so scheint mir, nicht nur selbstbestimmte Politik der Frauenbewegung, sondern auch ein Produkt von Tendenzen, die sich außerhalb der Frauenbewegung seit Mitte der 70er Jahre ausbreiten. Zunächst einer generellen Zunahme politischer Zensur und der Verfolgungsangst, der Identifikation von militanten Feministinnen bzw. Lesben mit Terroristinnen, der Tabuisierung von Widerstand gegen staatliche Politik jenseits von Demonstrationen und seiner Zuspitzung zur staatsumstürzenden Gewaltfrage. Der Maulkorb des Staates erstickte neben dem öffentlichen Diskurs viel widerspenstiges Denken, auch unter den Feministinnen.

Mit dem Dahinsiechen der verschiedenen K-Parteien und ihrer Zeitungen verändert sich zudem das Spektrum politischer Debatten in der BRD. Der Blick in der Linken selbst verengte und konzentrierte sich aufs Persönliche, Alltägliche, auf den Import sogenannter alternativer Lebensweisen, — die ihren inneren Sexismus fein säuberlich aussparen —, auf Aussteigen vor allem aus pädagogischen Berufen und eine wahre Therapeutisierung des Alltags. Vieles davon ist als "neue Mütterlichkeit" und Spiritualität Bestandteil auch der Frauenbewegung geworden.

Das wirklich Fatale an dieser Entwicklung scheint mir aber nicht die zeitweise Abkoppelung des öffentlichen Blicks, sondern daß die/wir Feministinnen mit gebanntem Blick auf die inneren Fragen der Bewegung die gesellschaftliche Brisanz unseres eigenen Aufbruchs unterschätzt und die politische Dynamik unserer Einsichten und Aktionen bisher nicht wirklich begriffen bzw. das Nachdenken darüber immer wieder nur angedeutet haben.

Dabei haben Feministinnen in den letzten 15 Jahren von Alltagserfahrungen ausgehend drei — auch in der linken Emanzipations- und Revolutionsdiskussion gut verborgene — gesellschaftliche Widersprüche sichtbar gemacht, d.h. in die öffentliche Auseinandersetzung eingebracht und politisiert:

- die Existenz unsichtbar gehaltener Arbeit in Form der Hausarbeit;
- das ganze Spektrum unsichtbar gemachter alltäglicher Gewalt gegenüber Frauen;
- die realen Möglichkeiten unsichtbar gehaltener Formen des sozialen Lebens und sexueller Kommunikation.

Wir haben wohl erfaßt, daß unsichtbare Arbeit, unsichtbare Gewalt und unsichtbare Sexualität konstituierende Momente einer kapitalistisch organisierten, bürgerlich partiarchalen Kultur sind. Aber wir haben die Auseinandersetzung um den gesellschaftlichen Stellenwert von Hausarbeit versickern lassen, bevor noch analytisch durchdrungen war, welche Bedeutung die sogenannte Schattenarbeit für alternative Konzepte einer nicht-nur-marxistischen, politisch-sozialen Ökonomie haben könnte, die nicht auf Sozialutopien des frühen 19. Jh. zurückfällt.

Die Gewaltfrage blieb an der Opferfrage und an Sozialprojekten kleben, am Einklagen von physisch-psychischer Integrität von Frauen, ohne die Konsequenzen sichtbar gemachter Gewalt hinter der Liebesfassade für bürgerliche Familienmoral und ein Frauenbild auszuformulieren und auszuagieren. Und die Sexualitätsfrage löste sich schließlich in Frauenlandutopien und der Fiktion einer Lesbenbewegung auf. Die Erkenntnis, daß zwischen Alltagsgewalt gegenüber Frauen und der Vorbereitung einer globalen Vernichtung durch die Zerstörung menschlicher Lebensgrundlagen ein struktureller Zusammenhang und ein Kontinuum besteht, ist inzwischen fast ein Leitgedanke der Bewegung geworden. Allerdings ist bisher noch wenig reflektiert, wie dieser globale Zusammenhang von Lebensverunsicherung sich täglich auch außerhalb des Frauenalltags reproduziert und verdichtet — verstärkt seit der konservativen “Wende” —; und aus dem Bewußtsein noch weitgehend ausgegrenzt ist, wie Frauen in dieses Kontinuum auch aktiv eingebunden sind. Die Teilnahme und die Verantwortung von Frauen für die aktuellen politischen und sozialen Verhältnisse über Schlagworte hinaus wahrzunehmen, wäre aber eine Voraussetzung, den Blick auf unsere politische Potenz zu öffnen, ganzheitlich und dabei das Politische auch als Persönliches und das persönlich Erfahrene als politisch Brisantes denken zu lernen und dann aufzuhören, eine lebbare Zukunft von Männern einzufordern oder von Organisationen zu erwarten.

Den Frauenumgang mit Macht zu thematisieren, bedeutet aber, an das Selbstbild der Bewegung, die Autonomie, zu rühren.

Von patriarchalen Mustern in der Frauenbewegung

“Autonomie” war für die Frauenbewegung seit Ende der 60er Jahre *der* Begriff für ihren Aufbruch. Synonym für die Distanz von Männern und Linken, für die Absage an Dominanz und sexistische Hierarchien, für die Zurückweisung von Bevormundung und Fremdbestimmung, für die Trennung von gewohnten Institutionen, für die Öffnung der Grenzziehungen zwischen Frauen.

Allerdings haftet “Autonomie” von Anfang an etwas Ambivalentes an: die Öffnung von Perspektiven *und* die Begrenzung des Blicks. Darin der linken Bewegung durchaus ähnlich haben sich in der Frauenbewegung, vor allem

mit ihrer Ausdehnung und Differenzierung in Projekte und Gruppen seit Mitte der 70er Jahre, gleichfalls Grenzziehungen, Dogmatismen, Polarisierungen und Denktabus breit gemacht.

Die Einengung des Blickes u.a. in der Abkoppelung von linker Politik und Theoriebildung hatte zwar ihre Notwendigkeiten, denn sie bedeutete immer auch Konzentration, Selbstverständigung, sich Einlassen, sich gegen Zersplitterung sichern. Das autonome "Wir" wurde aber immer mehr zum Etikett, zum Abgrenzungsbegriff, der häufig Ausgrenzungen legitimierte. Autonomie erstarrte zur Institution und zu einem Prinzip, dem nachzueifern und dessen Erfüllung zu beweisen war.

Mit Prinzipien und Dogmen aber tauchten klassisch bürgerlich-patriarchale Denkmuster in der Frauenbewegung auf.

Territorialität

Die Schaffung von eigenen, abschließbaren, nur für Frauen zugänglichen Räumen waren zunächst notwendige Mittel einer ungestörten Selbsterfahrung und Selbstorganisation. Aber diese Räume wurden zugleich auch die Ansatzpunkte für ein Ghetto, hatten Mauern, die den Blick nach außen begrenzen und den Blickkontakt zwischen den Projekten behinderten. Sicherheit und politische Identität wurden zunehmend mit räumlicher Ausdehnung und geographischer Grenzziehung gleichgesetzt, in vorbildlich patriarchal-kolonialer Manier: zuerst ein Haus für Frauen, ein Stadtteil dann, den nur Frauen betreten können, eine Region als Frauenland, Lesbian Nation. Die Redewendung: "Wir nehmen uns den Raum" und die Assoziation von Landnahme in Zukunftsfantasien bezeichnen die versteckten Konkurrenzen um Vormachtsstellungen. Statt überall anwesend, sichtbar und hörbar werden zu wollen, wurde Autonomie zum räumlichen Separatismus und Utopien geopolitisch abgesteckt: räumliche Vorherrschaft als handfester Beweis der sozialen und emotionalen Überlegenheit. Männermordende Fantasien von Genmanipulation und selektiver Virusinfektion waren die logische Konsequenz territorialer Machträume. Während diese Fantasien erschrocken zurückgewiesen wurden, blieben die nicht weniger mörderischen Traditionen von Raumnahme und Nationalität unbefragt im Vokabular stehen.

Polarisierungen

Unter dem Selbstbild von Autonomie konnten sich eine Menge schroffer und schäbiger Polarisierungen nach innen und außen breitmachen, die die Ordnung der Welt und der Bewegung begrifflich herstellten. Auch hier eigentlich Ambivalenz: das Bedürfnis nach Sichtbarkeit und nach Eindeutigkeit in einer Welt, die durch den Aufbruch neu, vieldeutig und ver-rückt, aufregend und unerträglich unbekannt und unsicher geworden war.

Es entstanden neue Institutionalisierungen, innere Kolonisationen, mit denen wir uns einsperrten und die Flexibilität verkniffen, die eine politische Ausdifferenzierung von Autonomie gebraucht hätte.

So spezialisierte sich die Bewegung jahrelang auf Trennungen, Grenzziehungen, Maßstäbe, Verbindlichkeiten: radikal nach außen und im Innern oft kleinlich, tribunalhaft: autonom gegen links, lesbisch ist besser als hetero, frauenidentifiziert schlägt männeridentifiziert, Mütter gegen Nichtmütter und umgekehrt, Hausfrauen gegen Karrierefrauen. Schattierungen waren unerträglich, "bi" zu sein ein Betrug, beruflich alles zu wollen, ein Skandal. Diese Lesben-Hetero-Polarisierung war eine der erstickendsten Ausformungen dieser Politik nach innen, mit krassen Einschwörungen auf das Richtige und das Falsche, auf Ausgrenzung und Rassismus. Bisexuell orientierte Frauen waren zeitweise Verräterinnen an beiden Fronten, hatten kein "Existenzrecht" in der Bewegung. Sexualität geriet zum Wahrheitsbeweis. Nur wer als Frau mit Frauen schlief, konnte feministische Politik, eben Ghettopolitik machen, nur da konnte frau sich der Aufrechterhaltung der Grenzen sicher sein. In gut und böse geteilt, in brutal und sanft, in rigide und verständnisvoll, in männlich und weiblich, war die Welt wieder zu ertragen, — Frauen waren zunächst allemal auf der guten, sanften, verständnisvollen, friedlichen, weiblichen Seite.

Alles, was herausfordernd war und unbequem, wurde männlich; analytisches Denken war männlich, Theorieabwehr die Folge. Es wird Zeit, daß uns an soviel Eindeutigkeit Zweifel kommen, denn die feministische Theoriebildung ist in dieser Enge bisher ziemlich mager geblieben, die literarischen Themen meist engstirnige Selbstbespiegelungen oder feministische Morallehren.

Selbstbild "Opfer"

Der Blick auf die Geschichte und den Alltag von Frauen erschloß ein grauenvolles Spektrum an unentdeckter, verschwiegener Gewalt. Die Konfrontation damit war und ist für jede Frau immer auch eine persönliche Herausforderung, deren Verarbeitung Zeit braucht.

Die Organisation von Selbsthilfe-Projekten hat in der zweiten Hälfte der 70er Jahre dem zunächst naheliegenden Selbstbild der Frauen als Opfer und strukturelle Sozialfälle immer wieder Nahrung gegeben. Entsprechend ist auch die Frauenforschung in der BRD vorrangig Defizits- und Opferforschung und hat bislang eine systematische feministische Theoriebildung weitgehend ausgeblendet, die Frauen auch als Subjekt ihrer gewaltdurchsetzten Geschichte wahrnimmt.

Das Selbstbild "Opfer" hielt sich hartnäckig, es war geeignet, den gesamten Leidensdruck aufzunehmen — ohne den Blick auf die Frage zu riskieren, welchen Anteil Frauen an der Weltgeschichte und der Mannwerdung der Männer haben, d.h. auf die Frage ihrer Verantwortlichkeit für die Welt, so

wie sie ist. Frauen als prinzipielle Opfer aller Männer-Täter und Institutionen, das war lange eine sichere Außendefinition, mit der sich die eigene Verantwortungslosigkeit ruhig leben ließ.

Diese Pauschalen stimmen nicht mehr, sind für die Realität zu eng. Wir kommen, nachdem einige Frauen endlich den Mut haben, es zu formulieren, an der Einsicht nicht mehr vorbei, daß Frauen an der Weltzerstörung fürsorgend und hinnehmend mitgebastelt haben und für das Ergebnis und folglich auch für dessen Überwindung mit verantwortlich sind. Den inhaltlichen Herausforderungen einer solchen Verantwortung wird allerdings weniger mit neuen Opferlitaneien vom Unwohlsein mit Politikstrukturen, mit psychotherapeutischen Elementen in der politischen Arbeit oder "roten Karten" für Busenfreunde beizukommen sein, als mit politischen Vorstellungen, die über Frauenfragen und Sozialpolitik hinausreichen.

Mütterlichkeit und Spiritualität

Die neue Mütterlichkeit war keineswegs eine unbewußte Reaktion auf die staatlichen Angebote für einen krisenangepaßten Frauenalltag in Küche und Kinderzimmer.

Einerseits stand da die Hoffnung, sich in harten Zeiten am Lebendigen zu erholen, in den Kindern die im Parteienstreit und Dogmatismus erstarrten Gefühle wiederzufinden. Zum anderen rückte die Wiederentdeckung des weiblichen Körpers und der beginnende Boom der Körpertherapien, auch Schwangerschaft und Stillen, ins feministische Licht und verklärte sie zum existentiell-weiblichen, sogar zum erotischen Schlüsselerlebnis.

Beides verband sich für einige Zeit in Emanzipationsvorstellungen von natürlicher Mütterlichkeit als Synonym für politisch brisantes Gefühlsleben und feministische Weiblichkeit; eine Projektion, die sich den Mangel an gesellschaftlicher Kraft bei den oft spekulativen historischen Studien zu "matriarchalen" Frauen kompensierte, die leichthändig zu politischen Leitbildern uminterpretiert wurden.

Die Wunschbilder eigener Stärke ließen sich umso leichter auf solche historischen Vorbilder projizieren, als deren Geschichte weitgehend Produkt wissenschaftlicher, nicht-wissenschaftlicher und literarischer Fantasie war. Die Neuschöpfung des matriarchalen Mythos durch die Frauenbewegung erfüllte den verschwiegenen Zweck ihrer Produktion: zeitlose Identitätsmuster und Lebensprinzipien anzubieten, deren Leuchtfarben auch die aktuellen grauen Zeiten überstehen sollten. Ähnlich scheint mir der Boom spiritueller Praktiken sowohl aus dem Wunsch hervorgegangen, jenseits rationaler, analytischer Denkstrukturen Neues zu entdecken, als auch durch eindeutige und bildhafte Lebensinterpretationen kollektiv verbindliche Sicherheiten zu gewinnen und sie in historischen Vorbildern an Hexen-Schamaninnen zu verankern.

Die verschwommene Sehnsucht nach einer ganz anderen Frauenkultur außerhalb von Plasticland verführt dazu, individuelle Selbsterfahrungstechniken und persönliche Emanzipationsversuche kurzerhand zu globalen Glaubenssätzen aufzubauschen, ihnen eine kollektive politische Dimension zu unterstellen und sie zur Frauenpolitik der Zukunft zu ernennen.

Der Zwang, Unsicherheiten mit Heilsfantasien und globalen Weltinterpretationen aufzufangen, läßt diese Bewegungen gegen intellektuelle Kühle und dogmatische Starrheiten selbst der Polarisierung verfallen: analytischer Kopf versus intuitiver Bauch, Körper versus Intellekt, weibliche Spiritualität versus männliche Politik — hinter Ausschließlichkeiten werden Fassaden neuer Identitätsklischees aufgerichtet.

Politik der Frauen oder Der Kaiserin neue Kleider

Eine der frühen feministischen Real-Utopien war es, sich von der starren Prinzipienpolitik der Linken zu trennen, eine mobile, facettenreiche Politik im eigenen Interesse zu erfinden, das Persönliche zu politisieren und es im Politischen aufzufinden; sich mit Formen und Inhalten individuellen und kollektiven Handelns der gesellschaftlichen Logik zu entziehen, von der Logik der Gewaltverhältnisse, der Hierarchien, Teilungen, Polarisierungen und Prinzipien zu trennen und gleichzeitig autonom, nach eigenen Regeln, gesellschaftlich sichtbar zu werden.

Separatismus setzte zunächst die Grenzen gegenüber aller Männerpolitik, ohne daß das besondere Mißtrauen und die kritische Distanz gegenüber staatlicher Politik analytisch aufgearbeitet worden wäre.

Unberechenbarkeit, das Aussteigen aus den Erwartungsmustern, geplante Irrationalität von Frauen blieben so als Politisches weitgehend persönlich und fast ohne bewußt gesetzte gesellschaftspolitische Dimension. Es hat wohl zwei Gründe, wenn sich das Tabu, gesellschaftliche Macht für sich zu denken und sich in die "große Politik" einzumischen, unter Feministinnen lockert. Das Engagement in der Friedensbewegung und die Hoffnungen in die Grünen Frauen waren in den letzten Jahren Anlässe, ungeübte Fähigkeiten politischer Wahrnehmung und Aktion über frauen- und sozialpolitische Fragen hinaus zu schärfen. Zum ändern fordert die Verbreiterung und politische Differenzierung der Frauenbewegung heraus, die Fiktion einer Einheit aufzugeben und die Vielfalt der Bewegung auch politisch zu formulieren.

Die Zeiten eines breiten Einverständnisses für die vertraute Haltung des prinzipiell Separaten: "Wir sind nicht verantwortlich für die Geschichte, und wir verweigern die Verantwortung für die Konflikte der Gegenwart; macht ohne uns weiter, aber ändert die Welt so, wie wir sie brauchen", sind vorbei. Unter dem oft hektischen Engagement gegen Raketen und konservative Wende verbirgt sich Ratlosigkeit, und kollektive Unsicherheiten bringen den Griff nach neuen Eindeutigkeiten und Prinzipien hervor.

Mit Prinzipien ist die Friedensfrauenbewegung und mit ihr Teile der Frauenbewegung zu einer massiven politischen Herausforderung geworden, da nämlich, wo sie an bedingungsloser Gewaltfreiheit festhält und die Friedfertigkeit zur genuin weiblichen Kraft erklärt.

Wo solcherlei Glaubenssätze die kolonialisierte weibliche Natur als das doch Ganz-Andere und Frau- und Muttersein zur anti-kriegerisch-moralischen Instanz stilisieren, da vernebelt sich die Friedens-Frauen-Bewegung ihren gesellschaftlichen Ort und liefert zugleich den Begriff ihrer politischen Harmlosigkeit.

Die Psychologisierung der Gewaltfrage und die Erklärung des Friedens zum ontologischen Prinzip entkleidet beides, Widerstand und Ziel, ihrer politischen Dimension. Mit der Selbstnennung zu Hüterinnen eines zeitlosen Friedens ist dann auch die Frage der Verantwortung für die Geschichte und die Beteiligung an den Monströsitäten der Gegenwart vom Tisch gefegt.

Wenn sich dann unter dem Prinzip der Gewaltlosigkeit auch noch Konfliktvermeidung, Aggressionshemmungen und das Schielen nach risikoloser Legalität und Friedlichkeit verstecken, dann sind die so Gewaltlosen der Logik staatlicher Gewalt und staatsbürgerlicher Berechenbarkeit in strukturell ähnlicher Weise verhaftet wie die nach dem Prinzip sogenannter effektiver Aktion und Gegengewalt Operierenden, die ihren Erfolg immer auch an der Zahl der Knüppel messen, die gegen sie in Bewegung gesetzt werden.

Adoptionen neuer Leitbilder wie dem Mythos Ghandi, oder neuer Begriffe wie Non-Kooperation, verwischen nur die politische Misere unter den Friedensfrauen wie in der Frauenbewegung. Der positivistische Sprung allerdings, der aus dem Gestrüpp von Ratlosigkeiten in die grüne Realpolitik führen soll, — der sich couragiert als Trendsetter ankündigt und ungeduldig diese Zeit der Ungewißheiten in den Griff nimmt —, wird das Vakuum, das eine schlampige Auseinandersetzung und Geschichtslosigkeit in der Frauenbewegung hinterlassen, zwar besetzen, aber kaum mit einem autonomen Inhalt füllen können.

Wenn zugleich die Grünen Frauen die Vergesellschaftung der Frau als Opfer betreiben, mit Therapeutisierung den Klippen von Machtpolitik beikommen wollen, die weiblichen und männlichen Psychostrukturen beklagen und ihre politische Konzeptionslosigkeit mitleidfordernd bejammern, dann schafft der Umschlag in Organisationspragmatismen vielleicht quantitative Deutlichkeiten und bietet — durch zentralistisch formulierte Programmatiken — Sicherheiten der politischen Zuordnung, die eine autonome Frauenbewegung nicht hergibt. Der Griff nach den Organisationsmodellen signalisiert aber selbst die Krise, die er zu beseitigen vorgibt: es ist ein bewährtes Muster, politisch-inhaltliche Differenzen mit populistischen Perspektiven und Ratlosigkeiten mit Methodenfragen zuzudecken.

Statt das Opferelend in tradierten Welterklärungsmodellen aufzuheben und

in renovierten Organisationsrezepten einzufangen, scheinen mir jene Versuche politischer Ausblicke der Geschichte einer autonomen Auseinandersetzung mit Vorherrschaftsstrukturen angemessener, die, frauenlistig, Situationen auffinden, in denen respektlose und dreiste Kooperation mehr Unruhe stiftet als die grünen Trauergesänge oder ein feministisches ZK. Eine Kooperation, die auch in "Hohen Häusern" lästige Standards als nicht zu unterbietende Selbstverständlichkeiten setzt, — eine hartnäckige Kooperation, die die Macht ihrer sozialen Utopien und ihres politischen Wissens kennt, die feministische Steine des Anstoßes in die Mitte des gesellschaftlichen und parlamentarischen Weges rollt, die aber für das dabei entstehende Chaos keine parteipolitisch disziplinierte Berechenbarkeit einfordert. Nicht stumme, nörgelnde, halb verweigernde, abwartende Kooperation also, die unter der Hand zur Kumpanei wird; eher eine Kooperation, die ihre politischen und sozialen Grenzen deutlich setzt, wo erforderlich auch mit ihrem Gegenteil, der Verweigerung für schnelle Antworten und Lösungen.

Wenn alte Prinzipien und die Enge der Ghettos spürbar zu Fesseln werden, vielleicht gelingt es dann wieder wahrzunehmen, was der feministische Horizont so alles umfaßt, an "Ja" und an "Nein":

- an aufdringlicher Kooperation nach unseren Standards und an Nonkooperation, auch nach unseren Regeln;
- an aktiver Respektlosigkeit vor Funktionen, Symbolen und Sachen und an Freiheit von Gewalttätigkeit;
- an frecher Einmischung und an selbst-bewußter-selektiver Verweigerung;
- an Lärm und Lust neben Meditation und Atmen;
- an autonomer Präsenz und an autonomem Separatismus und daran, dem Staat zu nahe zu treten und zugleich dort zu sein, wo er uns nicht erwartet.

Die Ratlosigkeit der Frauen- und Friedensbewegung auch als persönliche anzunehmen, mit freigelassenen Fantasien und der Sammlung wissenschaftlicher und politischer Fähigkeiten aktuelle politische Fragen vielfältig und auch global zu denken, bei Frauenfragen mehr zu sehen als die Akkumulation der Defizite, mit mobilem Geist die Unberechenbarkeit von Wünschen zu erkennen, den berechnenden Umgang mit dem Staat zu üben, aber bei Widerstand nicht auf die Grenzen, sondern nach der Angemessenheit zu schauen — das erscheint mir verlockender, als ein feministisches Parteibüro auszustatten und das Programm der Bewegung zu erfinden.